

Abnahmeprobleme und Produktionsrückstau in bisher unbekannt Dimensionen erwarten unsere Bauern. Zügellose Überflutung des DDR-Marktes mit Nahrungsmitteln aus westlicher Richtung hat Einzug gehalten. Verringerung der Nachfrage der Bevölkerung nach Nahrungsmitteln sowie Nachfrageverschiebungen wegen gestiegener Verbraucherpreise, Stilllegung bzw. Nichtauslastung von Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben infolge Nichtabnahme ihrer Produkte durch den Handel zeigt sich. Bisher fehlende finanzielle Anpassungshilfen für die Verarbeitung, erhebliche Erlösausfälle der Landwirtschaftsbetriebe auf Grund der Nichtabnahme ihrer Agrarprodukte, unter dem BRD-Niveau liegende Erzeugerpreise und Nichteinhaltung der staatlich zugesicherten Mindestpreise für Vertragsmengen im Rahmen der ausgesprochenen Quoten stellen sich dar.

Zahlungsschwierigkeiten und drohender Liquiditätsverlust von LPG und Betrieben der Nahrungsgüterwirtschaft sind angezeigt. Im Prinzip sind die erzeugnispezifischen Ketten zwischen Primärproduktion, Be- und Verarbeitung zu Groß- und Einzelhandel zusammengebrochen.

Das ist mit schwerwiegenden sozialen Konsequenzen verbunden. In vielen Dörfern breiten sich Verunsicherung und Angst und auch Perspektivlosigkeit aus. Aber, meine Damen und Herren, glauben Sie nicht, daß die Genossenschaftsbauern und Arbeiter in der Landwirtschaft das so ohne weiteres hinnehmen. Es prägt sich neben Angst und Perspektivlosigkeit auch Kampfeswillen aus, Kampfeswillen um den Erhalt unserer Landwirtschaft und den Erhalt unserer LPG im Prozeß der Umwandlung zu eingetragenen Genossenschaften.

Wir Genossenschaftsbauern lassen uns nicht mehr alles gefallen, was hier passiert.

(Von der CDU/DA: hört, hört! Bewegung im Saal; Vereinzelt Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Die Verantwortung für die entstandene Situation trägt eindeutig die Regierung, da sie vom agrarpolitischen Konzept der Regierungserklärung, sicher auch auf Drängen aus Bonn, abgewichen ist. Es war und ist unserer Regierung doch bekannt, daß die DDR-Landwirtschaft nicht das erforderliche Niveau der Produktion, Arbeitsproduktivität und Effektivität für eine unmittelbare Agrarunion mit der BRD aufweist.

Vertreter der Koalitionsparteien sind doch nicht müde geworden, hier in diesem Haus und an anderer Stelle darauf hinzu weisen, wie verfehlt die Politik unserer vorhergehenden Partei- und Staatsführung war.

(Vereinzelt Beifall und Unruhe bei CDU/DA)

Deshalb ging auch die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten offensichtlich, und ich zitiere, „von einer schrittweisen Heranführung der DDR-Landwirtschaft an den EG-Agrarmarkt, verbunden mit Schutzmaßnahmen jedweder Art für eine mehrjährige Übergangsperiode, aus“.

(Vereinzelt Beifall bei PDS)

Aber die Fakten sprechen doch inzwischen eine ganz andere Sprache. Im Artikel 15 des Staatsvertrages ist nur noch von einer Übergangsperiode die Rede. Das Wort „mehrjährig“ wurde gestrichen. Die von Ministern beider deutscher Staaten im Frühjahr begründete Notwendigkeit einer grünen Grenze wurde schnell zu den Akten gelegt. Binnenzoll, Marktordnung und Wettbewerbsschutz haben sich zur Einbahnstraße gestaltet, nämlich dahin, daß nichts raus-, aber alles reingehet.

(Vereinzelt Beifall bei PDS)

Und die Liberalisierung des Handels, die angekündigt worden ist, ist ja noch nicht von der EG genehmigt, und Herr Kiechle wird darüber nachdenken und bei der EG vorsprechen, ob es möglich wäre.

Mit der Währungsunion kam es von einem Tag zum anderen zu einem Preisbruch. So reduzierten sich die Erzeugerpreise für

landwirtschaftliche Produkte um 45 bis 70 %, wobei die Betriebsmittelpreise nur um 30 % zurückgingen. Die Anpassungshilfen, die derzeit noch weitgehend nur auf dem Papier stehen, sind so gering, daß anstelle einer gesunden Kombination von Anpassungsdruck und staatlicher finanzieller Unterstützung nur noch unerträglicher Druck auf die Landwirtschaftsbetriebe übrig bleibt.

Die Regierung löst auch ihr Versprechen in der Regierungserklärung - und ich zitiere wieder -, „die Zusammenhänge zwischen Produktion und Absatz in Ordnung zu bringen“ - Zitatende -, indem dafür entsprechende Rahmenbedingungen gesetzt werden, nicht ein. Unseres Erachtens dokumentiert sich darin die Unfähigkeit, den Übergang zur Marktwirtschaft zu gestalten. Anstatt zu handeln, wurde wochenlang Kosmetik betrieben und auf den Automatismus der Marktgesetze in einem Land gesetzt, in dem sich bisher kein voll funktionsfähiger Markt auf Grund totaler Bilanzierung entwickeln konnte. Das mußte schiefgehen. Davor hat nicht nur unsere Fraktion, sondern auch der Volkskammerausschuß für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft gewarnt und seine Vorschläge unterbreitet. Wir wollen das auch tun. Ich möchte folgenden Vorschlag unterbreiten.

Erstens: Die dringlichste Aufgabe besteht doch darin, die gestörte Kette Produktion, Abnahme, Verarbeitung und Handel sofort funktionsfähig zu machen. Davon hängt das Überleben der Betriebe der Landwirtschaft und Verarbeitung doch unmittelbar jetzt, in dieser Zeit, ab. Das ist weder mit Appellen der Regierung noch durch den Wunderglauben an die Selbstregulierung des Marktes erreichbar. Vielmehr bedarf es hierzu aufeinander abgestimmter ökonomischer und in einer Übergangszeit sicher auch administrativer staatlicher Maßnahmen, auch wenn diese unpopulär sind und keinen Beifall finden. Und weder der BRD- noch der EG-Agrarmarkt funktionieren ohne diese administrativen und ökonomischen Regelmehanismen; das wissen Sie alle sicher sehr genau.

Unser Vorschlag lautet deshalb: Unverzögliche Einführung einer steuerlichen Regelung in Form einer Sonderbesteuerung des Handels bei Nahrungsmitteln aus der BRD und anderen Ländern. Damit diese Steuer nicht auf die Kunden abgewälzt werden kann, müßte sie durch die Festlegung von relativ niedrigen, vom BRD-Preisniveau nicht wesentlich abweichenden Höchstverbraucherpreisen für einen befristeten Zeitraum ergänzt werden. Die Einnahmen aus dieser Sondersteuer sollten neben weiteren staatlichen Mitteln für zeitweilige betriebsindividuelle staatliche Produktionsstützungen von Betrieben der Nahrungsgüterwirtschaft auf der Basis von Sanierungskonzeptionen Verwendung finden.

Frau Prof. Luft hat heute früh in der Haushaltsdebatte den weiteren Vorschlag unterbreitet, die Aussetzung der Mehrwertsteuer für Nahrungsgüter aus unserer Produktion ebenfalls hier einfließen zu lassen. Wir versprechen uns von einem solchen Herangehen eine relative Aufwertung der DDR-Produkte, wobei deren Konkurrenzfähigkeit auf die Dauer natürlich selbstverständlich nur mittels niedriger Kosten und höherer Qualität erreichbar ist.

Für uns haben alle Maßnahmen Vorrang, die der Versorgung unseres Binnenmarktes hauptsächlich mit DDR-Produkten dienen, weil davon letztlich die Existenz unserer Betriebe, das Bestehenbleiben von Arbeitsplätzen abhängen. Deshalb sehen wir in der von der Regierung angekündigten Verarbeitung von Agrarprodukten der DDR in BRD-Betrieben in großen Mengen keine generelle Lösung. Zuerst muß die Regierung die Verarbeitung in der eigenen Industrie durch die entsprechenden ökonomischen Rahmenbedingungen sichern. Alles andere kann nur - wie auch die dringende Erhöhung der Exporte, die hier von Herrn Dr. Pollack dargelegt wurde - eine zeitweilige Ergänzung im Interesse des Abbaus vorhandener Überproduktion an Schlachtvieh, Milch und Milchprodukten sein.

Entschieden wenden wir uns gegen die Ankündigung des BRD-Wirtschaftsministers Haussmann vom Montag, mittels bundesdeutscher Billiganbieter gegen Preistreiberi und Monopolbildung in der DDR Vorgehen zu wollen. Das würde nur zur weiteren Verschärfung des jetzt schon äußerst massiven Ver-